

„Zeichen einer fehlenden Strategie“

Syrien Kieseewetter äußerte sich bei den „Gesprächen“ auch zu den US-Luftangriffen der vorangegangenen Nacht.

Königsbronn. Natürlich standen die Königsbronner Gespräche in diesem Jahr auch im Zeichen der US-Luftangriffe auf Ziele in Syrien, die in der Nacht zuvor stattgefunden hatten und von Frankreich und Großbritannien begleitet wurden.

Im ersten Panel des Tages äußerte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kieseewetter zu den Ereignissen: „Für mich sind die Geschehnisse ein Zeichen für die Rat- und Ziellosigkeit des Westens.“ Es seien zwar begrenzte Militärschläge gewesen, die keine Opfer gefordert hätten und die ein deutliches Zeichen dafür setzten, dass das Verhalten des syrischen Machthabers Assad nicht mehr hingenommen werde. Aber: „Wir baden jetzt aus, dass der Westen bis 2015 keinerlei Strategie hatte.“ Russland und Syrien, so Kieseewetter, „scharren sich zusammen und bedrohen die Interessen der Gegenseite“.



Auch Schüler waren da, um ihre Fragen zu stellen (links). Das zweite Panel (rechtes Foto) war recht regional besetzt: (von links) Matti Meier (C-Com Aalen), Michaela Eberle (IHK Ostwürttemberg), Mathias Brodbeck (DRK Heidenheim), Oberst Christian Walkling (Landeskommando Baden-Württemberg) und Moderatorin Nora Müller.

Markige Worte, kaum Proteste

Königsbronner Gespräche Lokale Akteure, eine Thema, das jeden betrifft, und kaum Demonstranten vor der Tür: Die sechste Auflage des Kongresses war ein wenig anders als aus den Vorjahren gewohnt. *Von Carolin Wöhrle*

Wenn einmal im Jahr die Königsbronner Gespräche stattfinden, dann geht es im kleinen Örtchen um die große, nationale und internationale Politik – weitestgehend. Am Samstag allerdings, bei der sechsten Auflage vor rund 300 Gästen, nutzte Königsbronns Bürgermeister Michael Stütz die Gelegenheit und die Anwesenheit des Innenministers Thomas Stobl, um den Blick auf ein ganz lokales Interesse zu lenken: „Unsere Elser-Gedenkstätte ist in die Jahre gekommen.“ Für rund 800 000 Euro soll sie saniert und modernisiert werden. Die Hälfte davon wird der Bund zahlen, wiederum 200 000 Euro können von der Gemeinde und durch Spenden finanziert werden. Fehlen also noch 200 000 Euro. „Wir hoffen sehr auf das Land, auch wenn das Vorhaben in keinen Fördertopf passt.“

Unabhängig von Stütz' kleinem Vorstoß ging es bei den Königsbronner Gesprächen in diesem Jahr vor allem um Cybersicherheit im nationalen und internationalen Umfeld – wengleich auch die Ereignisse der Vornacht, der US-Angriff auf Ziele in Syrien, natürlich auch in Königsbronn eine Rolle spielten (siehe nebenstehender Artikel).

Minister Thomas Stobl machte in seinem Vortrag deutlich, dass

„Ich persönlich bin kein Fan der Schulterklappen. Aber natürlich sind alle Kräfte im Katastrophenfall notwendig.“

Mathias Brodbeck
DRK-Kreisgeschäftsführer



Der stellvertretende Ministerpräsident Baden-Württembergs, Thomas Stobl, hielt den Einführungsvortrag. *Fotos: Sabrina Balzer*

das Thema Cybersicherheit im Alltag jedes einzelnen angekommen sei und zeichnete ein recht düsteres Bild: „Jemand hat mir kürzlich gesagt, es gebe zwei Arten von Menschen: diejenigen, die einen Hackerangriff bereits erlebt haben, und diejenigen, die noch einen erleben werden.“

Das Land Baden-Württemberg habe deshalb aufgerüstet: 80 000 Schüler seien im vergangenen Jahr zum Thema IT-Sicherheit aufgeklärt worden, das Landeskriminalamt hat mittlerweile eine eigene Abteilung für Cyber-Kriminalität, in der 130 Fachleute beschäftigt seien. Gewünscht wäre eine Art „Cyber-Wehr“, die, ähnlich wie die Feuerwehr bei einem Brand, den Bürger im Notfall schnell und kompetent beraten könnte.

Das Grundproblem dabei war am Samstag immer wieder Thema: Zwar gibt es die technischen Möglichkeiten, jedoch fehlt es oft an den ausgebildeten Fachkräften und IT-Spezialisten. Zu wenig Nachwuchs, der dann wiederum von weitaus höheren Gehältern in die freie Wirtschaft gelockt wird. Das wiederum bestätigte auch Matti Meier, IT-Abteilungsleiter bei

C-Com in Aalen. Er war Teil des zweiten Panels an diesem Tag, eines das mit der Hauptgeschäftsführerin der IHK Ostwürttemberg, Michaela Eberle, und dem Kreisgeschäftsführer des DRK Heidenheim, Mathias Brodbeck, recht regional besetzt war. Gemeinsam mit dem vierten im Bunde, Oberst Christian Walkling, Kommandeur des Landeskommandos Baden-Württemberg, wurde hier teils recht kontrovers auch die Frage diskutiert, wie die Zusammenarbeit sowohl zwischen Bund und Ländern als auch zwischen einzelnen Blaulicht-Organisationen und der Bundeswehr im Katastrophenfall funktioniert.

Auf die Frage, ob es hier ein übergeordnetes Konzept gebe, hatte Mathias Brodbeck als rein lokaler Akteur naturgemäß keine Antwort, Oberst Walkling hingegen schon: Im Katastrophenfall ist der Innenminister dafür verantwortlich, die Lage zu erörtern und entsprechende Anforderungen an die Organisationen und an die Bundeswehr zu stellen.

Und wie gut funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern? „Ich werde versuchen,

diese Frage zu umgehen“, sagte Oberst Walkling und sorgte damit zunächst für Lacher. Allerdings schilderte er dann seine Erfahrungen bei entsprechenden Übungen, die gezeigt hätten, dass die Kette der Entscheidungen im Ernstfall oftmals zu lang sei. Auf einer Skala von 1 bis 10 würde er die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern derzeit noch bei 3,5 einordnen – wengleich der Wille absolut da sei. Notwendig ist aus seiner Sicht aber eine weiterführende Übungstätigkeit.

Mathias Brodbeck stimmte dem zu: „Ich persönlich bin kein Fan der Schulterklappen. Aber natürlich sind alle Kräfte im Katastrophenfall notwendig.“

Dass es auch in Sachen IT-Sicherheit bei der Bundesregierung noch hakt, machte das dritte Panel des Tages deutlich. Hier saß unter anderem Dr. Sandro Gaycken auf dem Podium, der sowohl die Bundesregierung als auch die Nato in Fragen der IT-Sicherheit und Cyber-Abwehr berät. Auch hier wurde erneut deutlich, dass es vor allem am Personal fehlt: „Vieles, was wir im Moment machen, funktioniert nicht, weil wir dazu viel Expertise brauchen, die wir schlichtweg nicht herbekommen.“

Laut Generalmajor Michael Vetter, der Chef des Stabes Cyber- und Informationsraum bei der Bundeswehr ist, versucht man, diesen Mischstand zu beheben: Es gebe zwei Bundeswehr-Universitäten, von denen eine, die in München, verstärkt auf Ausbildungen im IT-Bereich setzt. „Um den Beruf attraktiv zu machen, müssen wir aber Karriere-Alternativen innerhalb der Bundeswehr bieten.“

Einen ganzen Tag lang wurde in der Hammerschmiede diskutiert – über Cybersicherheit, über Katastrophenfälle und darüber, wie die Entwicklungen jeden einzelnen Bürger persönlich betreffen kön-

„Ich werde versuchen, diese Frage zu umgehen.“

Oberst Christian Walkling
auf die Frage nach der Kooperation zwischen Bund und Ländern

nen. Naturgemäß blieb nicht genug Zeit, um jeden einzelnen Aspekt erschöpfend zu diskutieren. Nicht immer ging es kontrovers zu, wengleich gerade Oberst Christian Walkling mit markigen Worten zwar für Erheiterung sorgte, aber auch aufzeigte, dass es an einigen Stellen noch mächtig hakt.

Kaum Demonstranten vor Ort

In diesem Jahr blieb es recht ruhig vor der Hammerschmiede. Größere Proteste, die man aus den Vorjahren kannte, blieben aus. Nur knapp 20 Demonstranten hatten sich zu Beginn der Veranstaltung vor der Absperrung eingefunden.

Kritik an der Veranstaltung gab es dennoch, dieses Mal allerdings aus dem Mund anwesender Schüler. Der Minister habe zu wenig Zeit für Fragen gehabt. Und auf dem Podium sei es, bezogen auf die politischen Parteien, nicht „bunt“ genug gewesen.

Organisator Roderich Kieseewetter griff diese Kritik zum Ende der Veranstaltung auf und versprach Besserung: Zeitgleich mit den Königsbronner Gesprächen hatten viele Parteien ihre Norminierungsveranstaltungen für die Europawahl. Daher, so Kieseewetter, konnten viele Abgeordnete nicht dabei sein. „Wir haben heute dennoch gute Diskussionen gehabt – fachlich, sachlich und ohne parteipolitischen Kram.“ Bei der nächsten Auflage 2019 könnte das ganz automatisch anders aussehen: „Nächstes Jahr sind Europawahlen. Da werden die Gespräche möglicherweise anders gefärbt sein.“



Es sei den Unterstützern Syriens gelungen, den Westen in den Fokus zu rücken – gerade durch das Verhalten des US-Präsidenten Donald Trump. „Die eigentlich Verantwortlichen rücken damit aus dem Blickfeld.“

Zum Verhalten der Bundesregierung fand Kieseewetter deutliche Worte: „Ich hätte mich gefreut, wenn wir von der Regierungsspitze gehört hätten, dass wir die Luftwaffe der Bundeswehr künftig wieder in die Lage versetzen müssen, um derlei zu begleiten.“ Zwar lägen die Mängel bereits auf dem Tisch, nach wie vor aber fehle eine Strategie, um die Bundeswehr wieder richtig auszustatten. Stattdessen entsteht laut Kieseewetter nun weltweit der Eindruck, Deutschland sage: „Macht sie ruhig nass, aber wir machen uns vorher trocken.“

Oberstleutnant André Wüstner, der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbands, ergänzte: „Das weitere Dahinsiechen ist für die Streitkräfte nicht befriedigend – und das ist noch sehr höflich ausgedrückt.“ Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit sei enorm. „Das Militär muss wieder auf die heutige Bedrohungslage angepasst werden. Diese Bemühungen erlebe ich als zu zaghaft.“ *Carolin Wöhrle*